

V3NEU4 Queeres Leben diskriminierungsfrei ermöglichen - in Sachsen, Deutschland und überall

Gremium: Lucie Hammecke und Markus Scholz
Beschlussdatum: 01.07.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Inhaltliche Anträge

1 Aufgrund der sich ausbreitenden Corona-Pandemie müssen große CSDs in diesem Jahr
2 leider weltweit ausfallen. Dabei wirkt die momentane Krise jedoch wie ein
3 Brennglas auf die Herausforderungen der queeren Community rund um den Globus.

4 Obwohl seit drei Jahren für gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit besteht,
5 sich trauen zu lassen ("Ehe für alle") und obwohl in diesem Jahr ein Teilverbot
6 von Konversionstherapien (Behandlungen, bei denen die sexuelle Orientierung
7 verändert/beeinflusst werden soll) durch den Bundestag und Bundesrat beschlossen
8 wurde, sind auch hier in Deutschland und Sachsen noch viele Schritte zu gehen.

9 Noch immer ist es erlaubt, Konversionstherapien an jungen Erwachsenen (18-26
10 Jahre) durchzuführen, weil das gesetzliche Verbot nur für Minderjährige gilt.
11 Aber gerade junge Menschen, die sich noch inmitten ihrer Coming-Out-Verläufe und
12 familiären Abhängigkeiten befinden, gilt es besonders in der Entfaltung ihrer
13 Persönlichkeit zu schützen. Außerdem gibt es eine Ausnahmeregelung für Eltern:
14 Sie dürfen weiterhin diese gefährlichen Eingriffe (beispielsweise
15 Psychotherapie, Lichttherapie, Homöopathie bis hin zu Elektroschocktherapie)
16 durchführen - das ist falsch! Konversionstherapien verstärken die beim Coming-
17 out ohnehin bestehende Angst vor Stigmatisierung, Diskriminierung, Ausgrenzung
18 und Gewalt. Depression, soziale Isolation und ein erhöhtes Suizidrisiko können
19 weitere Folgen sein. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) strich Homosexualität
20 bereits 1990 von der Liste psychischer Erkrankungen. Der Weltärztebund,
21 bezeichnete gegen Homosexualität gerichtete Therapien als "ernste Gefährdung für
22 die Gesundheit und die Menschenrechte". Als erstes europäisches Land verbot
23 Malta 2015 Konversionstherapien. Auch in Brasilien und mehreren US-Bundesstaaten
24 gibt es solche Verbote.

25 Alle Menschen haben das Recht auf Persönlichkeit, auf Schutz vor Diskriminierung
26 und auf Unterstützung. Trans- und intergeschlechtlichen Menschen wird dies bis
27 heute verwehrt. Noch immer haben wir ein veraltetes Transsexuellengesetz (TSG),
28 dass Menschen ihrer Selbstbestimmung beraubt. Denn bis heute dürfen Menschen
29 nicht selbstständig und ohne Diskriminierung über ihren Geschlechtseintrag
30 bestimmen. Über den Körper, die Sexualität oder das Geschlecht kann jedoch nur
31 eine Person Auskunft geben - der Mensch selbst. Wir wollen Rechtsklarheit
32 schaffen und das Recht eines jeden Menschen auf Selbstbestimmung und freier
33 Entfaltung seiner Persönlichkeit umsetzen.

34 Das in der Bundesrepublik existierende Stiefkindadoption ist Diskriminierend
35 gegenüber gleichgeschlechtlichen und nicht binären Elter. Denn im Gegensatz zu
36 heterosexuellen Paaren, gibt es keine automatische rechtliche Elternschaft für
37 gleichgeschlechtliche und nicht binäre Elter . Deshalb braucht es endlich eine
38 Reform des Abstammungsrechts, dass es gleichgeschlechtlichen und nicht binären
39 Elter ermöglicht, von Beginn an gleichberechtigte Elter ihrer Kinder zu sein.

40 Auch im Jahr 2020 dürfen schwule und bisexuelle Männer, sowie
41 transgeschlechtliche Menschen immer noch kein Blut spenden, außer sie verzichten

42 12 Monate lang auf Geschlechtsverkehr mit anderen Männern. Statt tatsächliche
43 Risiken nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen rational abzuwiegen,
44 sollen weiterhin ganze Gruppen pauschal von der Blutspende ausgeschlossen
45 werden. Das ist nicht nur gesundheitspolitisch unsinnig. In der Zeit der kruden
46 Theorien, wer für die weltweite Pandemie verantwortlich ist, suggeriert das
47 auch, dass von den diskriminierten Gruppen eine besondere epidemiologische
48 Gefahr ausgeht.

49 Schon in Deutschland gibt es mehr als genug auf diesem Themengebiet zu tun. Es
50 ist dennoch unsere Aufgabe, auch europäisch und global zu denken:

51 In Polen erleben wir einen Präsidentschaftskandidaten und momentanen Präsidenten
52 Andrzej Duda, der gegen LSBTIQ+ hetzt, er sich gerade dieses Vorgehen zur
53 zentralen Wahltaktik auserkoren hat. Duda will durch die Diskriminierung der
54 queeren Community immer mehr Menschen für seinen autoritären Stil der
55 Regierungspartei PIS gewinnen. Wenn der Präsident eine "Familiencharta"
56 unterzeichnet, die sich gegen "LGBT-Ideologie" richtet, dann entmenschlicht er
57 damit ganze Bevölkerungsteile. Fünf der 16 Regierungsbezirke, 37 Landkreise und
58 55 Gemeinden in Polen haben sich zu sogenannten LSBTIQ+ freien Zonen erklärt.
59 Damit wird gezielt Intoleranz und Hass angestachelt.

60 Ungarn hat die Corona-Pandemie für ein massives, gesellschaftspolitisches
61 Rollback genutzt. In einem Gesetz zur Bewältigung der Corona-Krise in Artikel 33
62 versteckt, wurde es trans- und intergeschlechtlichen Personen in Ungarn
63 unmöglich gemacht ihren Personenstand zum korrekten Geschlecht ändern zu lassen.
64 Dies stellt einen eklatanten Angriff auf die Rechte von queeren Personen in
65 Ungarn dar! Außerdem steht das Gesetz klar im Widerspruch zu Rechtssprechungen
66 des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und zur Rechtssprechung des
67 Ungarischen Verfassungsgerichtshof.

68 Eines muss immer klar sein, die Rechte von LSBTIQ+ sind kein Minderheitenthema
69 sondern eine grundsätzliche Frage von Menschenrechten. Sie sind eine
70 grundsätzliche Frage von Haltung und gemeinsamen europäischen Werten, die wir in
71 der Europäischen Union teilen.

72 Wir fordern:

- 73 1. Ein strafrechtliches Verbot von Konversionstherapien ohne Ausnahmen.
- 74 2. Ein umfassendes Selbstbestimmungsgesetz als Ablösung des veralteten TSG,
75 damit die Diskriminierung von trans- und intergeschlechtlichen Personen in
76 Deutschland beendet wird.
- 77 3. Eine Reform des Abstammungsrechts, dass die automatische rechtliche
78 Elternschaft für Ehepartnerinnen in lesbischen Beziehungen möglich wird.
- 79 4. Umfassende Solidarität mit der queeren Community in Osteuropa und klare
80 Haltung politischer Verantwortungsträger*innen in Kommune, Land, Bund und EU!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Merle Spellerberg (KV Dresden)